



Groß, repräsentativ und teuer: Die ehemalige Bundeswehrimmobilie im Kieler Nobelviertel.

## Ein Missverständnis?

### Peinliche Abstimmungsprobleme in Kiel

**Nur ein Sturm im Wasserglas, oder doch der Hinweis auf eklatante Steuerungsdefizite? Vor dieser Frage stehen politische Beobachter in Kiel bei der Bewertung der chaotischen Planung für einen möglichen Umzug der Staatskanzlei.**

Hintergrund ist die von der landeseigenen Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) im Internet veröffentlichte europaweite Ausschreibung für Planungsleistungen zur Umnutzung des ehemaligen Wehrbereichskommandos für die Staatskanzlei des Landes. Für den Teilnahmewettbewerb, der sich an Architekten und Planungsbüros richtet, hat die GMSH ein Kostenvolumen des Umbaus von rund 20 Millionen Euro geschätzt. Darauf von Journalisten angesprochen, zeigten sich sowohl Regierungschef Daniel Günther als auch der Chef der Staatskanzlei Dirk Schrödter (beide CDU) vollkommen überrascht. Sie veranlassten beim für die GMSH zuständigen Finanzministerium die sofortige Aufhebung der Ausschreibung. Gegenüber den Medien und dem offenbar ebenfalls überraschten Landtag stellt Landesfinanzministerin Monika Heinold (Grüne) den ganzen Vorgang jetzt als „Verfahrensfehler der GMSH“ dar. Aber ist es wirklich glaubwürdig, dass eine nachgeordnete Behörde

eine europaweite Ausschreibung für die Planung von Bauleistungen in zweistelliger Millionenhöhe ohne konkreten Auftrag veröffentlicht?

Auch unter Berücksichtigung der Vorgeschichte erscheinen die Abläufe wenig planvoll: 2016 erwarb das Land das ehemalige Wehrbereichskommando von der Bundeswehr. Die Lage am Niemannsweg gehört zu den besten Filetgrundstücken in Kiel, am Stadtpark der Forstbaumschule gelegen mit Blick auf die Förde. Das 1934 vom Architekten des Berliner Flughafens Tempelhof, Ernst Sagebiel, entworfene Gebäude ist zudem repräsentativ gestaltet und steht unter Denkmalschutz. Bei aller Begeisterung für die Architektur und das Ambiente besteht aber auch ein erheblicher Sanierungsstau noch aus der ehemaligen Bundeswehr-Nutzung.

Ursprünglich war geplant, dort das Dienstleistungszentrum Personal des Landes unterzubringen. Doch dann wurde das Gebäude zunächst für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Heute sind dort die zentrale IT-Verwaltung des Landes und eine Abteilung der Staatskanzlei untergebracht.

Fortsetzung auf Seite 2

## Im Nord-Kurier lesen Sie:



Schleswig-Holstein: Wasser marsch am Holsten-Fleet Anmerkungen **S. 3**



Hamburg: Gregor Busch ist Markenmacher – der PR-Mann kümmert sich auch um die Menschen Bericht **S. 4**

# Bedarfsgerechtigkeit bleibt Streitthema

Gesetzentwurf zum kommunalen Finanzausgleich kann Grabenkämpfe nicht beenden

**Das Innenministerium in Kiel hat den Gesetzentwurf zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs endlich vorgelegt. Doch wie Bedarfsgerechtigkeit zwischen Land und Kommunen sowie zwischen den Kommunen gemessen werden kann, bleibt offen.**

Mit einem Urteil vom 27. Januar 2017 hatte das Landesverfassungsgericht den Landtag beauftragt, den kommunalen Finanzausgleich neu zu justieren und dabei objektiv nachprüfbare Kriterien der Bedarfsgerechtigkeit zu entwickeln. Hierzu wurde vom Innenministerium ein externer Gutachter beauftragt. Doch die Hoffnung, objektive Kennzahlen zu entwickeln, mit denen ein bedarfsgerechter vertikaler (zwischen Land und Kommunen) und horizontaler (zwischen den Kommunalgruppen) Finanzausgleich dauerhaft geregelt werden kann, hat sich nicht erfüllt. Schon die Ermittlung der relevanten Basisdaten ist im Streit zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen zu einer Farce geworden. Auch der neue Gesetzentwurf zeigt keinen Rechenweg auf, wie künftige Veränderungen der Finanzausstattung und der Aufgaben zu einer automatischen Anpassung führen. Somit bleibt alles beim Alten: Das Ergebnis wird nach Verhandlungen mit den Interessengruppen politisch entschieden. Die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Gestaltungsbausteinen können interessierte Laien nicht mehr nachvollziehen. Nur über Simulationsrechnungen ist es überhaupt noch möglich, die tatsächlichen Auswirkungen auf einzelne Kommunen darzustellen.

Vielleicht war aber der Wunsch, eine transparente Basis für den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein zu finden, auch eine Illusion. Denn schon der scheinbar objektive Begriff der „Bedarfsgerechtigkeit“ ist kaum zu quantifizieren. Nach dem Grundverständnis der Volkswirtschaftslehre sind die Bedürfnisse der Individuen grundsätzlich unbegrenzt. Der „Bedarf“ ist der mit Zahlungsbereitschaft ausgestattete Teil der Bedürfnisse. Steigt die Zahlungsfähigkeit, nimmt auch der Bedarf zu. Das gilt im



übertragenen Sinne auch für das Land und die Kommunen in Schleswig-Holstein: Eine mit objektiven Daten messbare Obergrenze ist in der Realität nicht vorstellbar. Deshalb konzentrieren sich alle Interessengruppen darauf, einen möglichst großen „Anteil des Kuchens“ für die eigenen Aufgaben abzubekommen. Darum muss die Ausstattung der Kommunen mit „angemessenen“ Finanzen und der Ausgleich der Finanzkraft zur Erzielung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ immer in letzter Instanz politisch entschieden werden.

2015 sind die kreisfreien Städte und die Städte mit hoher Zentralitätsfunktion finanziell besser ausgestattet worden. Seither tun sich die Kommunen ohne Zentralitätsfunktion immer schwerer, gestiegene Aufgaben zum Beispiel als Schulträger oder bei der Kinderbetreuung zu finanzieren.

Im aktuellen Entwurf sollen jetzt auch Flächenlasten von ländlichen Gebieten (gemessen an den Straßenkilometern) sowie der Anteil von Kindern und Jugendlichen an den Einwohnern stärker gewichtet werden. Doch was am Ende dabei für jede einzelne Gemeinde herauskommt, ist kaum noch vorherzusehen. Deshalb wird auch in diesem Fall nichts anderes übrig bleiben, als das neu austarierte System einige Jahre in der Praxis zu testen, um zu überprüfen, ob es zu den gewollten Ergebnissen führt. Damit ist der eigentliche Anspruch, den der Gesetzgeber mit der Neuregelung hatte, grundlegend verfehlt.

Wir haben deutlich darauf hingewiesen, dass die bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen nicht nur über die Zuweisung von Geldmitteln gesteuert wird, sondern in erheblichem Maße auch über die Zuweisung von Aufgaben und die Festlegung von Standards bei der Aufgabenerfüllung. Denn wir alle brauchen gleichermaßen leistungsfähige Kommunen, die unsere tägliche Daseinsvorsorge sichern, wie auch einen Landeshaushalt, der die notwendigen Aufgaben bei der inneren Sicherheit und Bildung erfüllen kann.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Missverständnis?

### Fortsetzung von Seite 1

In der Regierung muss es ernsthafte Pläne geben, die gesamte Staatskanzlei aus dem Regierungsviertel in die repräsentative Lage am Niemannsweg umzusiedeln. Zumindest hat es dort Anfang März eine gemeinsame Begehung auf Staatssekretärs-Ebene gegeben. Dabei waren auch Vertreter der GMSH. Wenn sich schon die Amtschefs persönlich die Räume ansehen, muss man von sehr großem Interesse ausgehen. So haben es wohl auch die GMSH-Vertreter wahrgenommen. Die GMSH sollte einen überschlägigen

Gesamtkostenrahmen ermitteln und erhielt am 27. April 2020 einen entsprechenden Planungsauftrag. Den nahmen die landeseigenen Bauexperten offenbar so ernst, dass sie mit ihrem Eifer die politische Führung überraschten und bei der notwendigen Kommunikation überholten. Noch bevor die Ideen richtig abgestimmt waren, machte die GMSH bereits Nägel mit Köpfen.

Doch jetzt die Kommunikationsdefizite zwischen Staatskanzlei und Finanzministerium ausgerechnet mit dem Übereifer der landeseigenen Gebäudeanstalt zu erklären, die ansonsten eher einen trägen und langsamen Ruf genießt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

**Rainer Kersten**, [rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)



# Geflutet

## Kieler Prestigeprojekt

**Darauf haben die Befürworter lange gewartet: Endlich sind die Becken des „Holsten-Fleet“ in der Kieler Innenstadt geflutet. Das 18,7 Millionen Euro-Projekt, mit dem die Innenstadt belebt und attraktiver werden soll, ist nahezu fertig.**

Radfahrer und Fußgänger können die Wege nutzen und auch die Busse müssen nicht mehr umgeleitet werden. Doch die Kritik ist damit noch lange nicht verstummt.

An der Stelle der heutigen Straße Holstenbrücke verlief zu früheren Zeiten ein Wasserlauf, der den Kleinen Kiel mit dem Bootshafen verbunden hat. Hier haben die Stadtplaner jetzt zwei neue künstliche Wasserbecken geschaffen, die daran erinnern sollen. Drumherum sind Sitzstufen und Holzterrassen entstanden. Der bisherige Autoverkehr wurde ausgesperrt. Nur noch Busse dürfen den Bereich passieren. Damit soll die Kieler Innenstadt für Kunden und Besucher attraktiver werden.

Die Kritiker sehen die Verhältnisse anders: Durch die schlechtere Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto werde die Kundenfrequenz der Geschäfte sinken. Es werde



Zu Beginn wurde das Projekt als „Kleiner Kiel Kanal“ bezeichnet. 2016 gab es bei einer Umfrage der „Kieler Nachrichten“ eine Mehrheit für „Holsten-Fleet“. Diesen Namen verwendet jetzt auch der Bund der Steuerzahler.

auch Publikum angezogen, das man an dieser Stelle gerade nicht haben möchte. Und die flachen Wasserbecken ohne natürlichen Austausch drohen schnell zu verschmutzen. Deshalb sei ein erheblicher Reinigungsaufwand notwendig.

Der Bund der Steuerzahler kritisiert vor allem die Kosten: Aus ursprünglich ge-

planten 12,5 sind mittlerweile 18,7 Millionen Euro geworden. Wir bezweifeln nach wie vor, dass die hohe Investitionssumme mit den zu erwartenden Folgekosten tatsächlich den erhofften Besucherimpuls für die Innenstadt geben kann.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Leserbrief: Wasser marsch im Kieler Planschbecken

Endlich ist es soweit und das Wasserhindernis für Besucher der Altstadt nimmt seine Funktion auf. Alle wollen sich im umgebenden ‚Altstadttambiente‘ begeistert auf die neuen Holzstufen setzen und auf die schicken Betoninseln blicken, wo sich an Stelle von Seehunden hoffentlich bald irgendwelche Menschen mit Darstellungsbedürfnis räkeln. Ansonsten gibt es in dem öden Betonbecken auch nichts Besonderes und für die Erwartungen von Touristen und Kreuzfahrtgästen Sehenswertes wie etwa bunte Boote, aber zumindest später vielleicht Algen vertilgende Graskarpfen, Brotreste verdrückende Stockenten, Pommes plündernde Möwen und die ein oder andere original Kiel-Kanalratte.

Auf alle Fälle ist die installierte Wasserfilter- und Pumptechnik recht beeindruckend und schafft für die Klimaziele der Stadt einen guten Verbrauchsanteil für regenerative Energie. Sicher bewältigt diese Technik auch verstopfungsfrei den Einwegverpackungsmüll des Fastfoodanliegers und wenn nicht, generiert das neue Arbeitsplätze der Müllfischer bei Grünflächenamt und Klärwerk. Denn das Expertenwissen des Kieler Klärwerks ist jetzt hier maßgeblich verantwortlich, nachdem zutreffend erkannt wurde, was man hier für die Sailing City gebaut hat.

Auf alle Fälle wird durch die Wassersensation die Shoppingmentalität enorm angekurbelt und werden die Altstadtgeschäfte derart florieren, dass der generellen Verlagerung des Kaufverhaltens in das Internet wirkungsvoll begegnet wird. Toll, dass jetzt mit dem 18,7 Mio. Euro-Vorhaben durch Zuschaltung der neuen Klärbecken endlich die Wasserfläche des Kleinen Kiel algengleich saniert wurde. Wenn so viel ‚Frieden, Freude und Eierkuchen‘ jetzt verkündet werden, verstummen nach der Fertigstellung alle Kritiker. Alle starren ehrfurchtsvoll zusammen mit Stadtbaurätin Doris Grondke zu diesem ihrer Meinung nach „historischen Moment“, vor allem wenn neben allen Baukosten auch die Folgekosten, die Nachrüstung und laufenden Betriebskosten auf den Tisch kommen. Wow – so viel Authentizität an gebauter Kieler Stadtgeschichte hat eben ihren Preis!

Aber das Schönste zuletzt: Wenn der ganze bauliche Schildbürgerstreich künftigen Kielern als Ärgernis aufstößt – er kann einfach wieder zugeschüttet werden und man kann Bäume pflanzen für gute Kieler Luft und darunter Flächen anlegen, auf denen sich Menschen richtig aufhalten können und die Innenstadt beleben.

**Dr. Florian Liedl, Selent**

# Gregor Busch macht andere stark

Unser Porträt: Seine Agentur kümmert sich um Unternehmen und um Personen

**Andere überzeugen, begeistern und motivieren. Das ist gar nicht so einfach. Deshalb gibt es sie auch nicht oft, diese Menschen, die etwas im Leben anderer bewirken, dabei empathisch sind und vor allem inspirierend. Gregor Busch ist so ein Mensch.**

Andere stark machen, das ist seine Passion: „Es macht mir einfach riesigen Spaß, mit und für Menschen zu arbeiten. Diese Leidenschaft, andere Leute erfolgreicher und zufriedener zu machen, treibt mich an.“

Gregor Busch hat große Marken erfolgreich begleitet. Mit seiner Agentur betreut der Profi zudem über 100 Prominente aus Politik, Sport und Fernsehen bei der Führung ihres öffentlichen Auftritts. Mit seinen Kampagnen gewinnt er begehrte Werbepreise. Und doch bleibt Markenexperte Busch bewusst bescheiden: „Wir reden nicht darüber. Aber wir freuen uns, mindestens einmal die Woche Zitate, Gedanken oder Sätze, die wir kriert haben, in Presse, Print und Fernsehen zu entdecken. Aber das ist für uns nur das Sahnehäubchen. Wir nutzen die Tools, die wir uns in den letzten 25 Jahren angeeignet haben, genauso für Unternehmen wie auch für Menschen. Die Erfolgsfaktoren für Unternehmen und Persönlichkeiten sind fast identisch.“

Gregor Busch ist im Rheinland aufgewachsen und hat fränkische Wurzeln. Nach dem BWL-Studium in Bielefeld ging er in die Werbung, verbrachte eine Zeitlang in New York und lebt seit über 20 Jahren in Hamburg. Bevor er die Busch Markenberatung gegründet hat, war Gregor Busch beratender Leiter in verschiedenen großen Werbeagenturen und hat dort auch seinen kreativen Partner Christoph Hildebrand kennengelernt. „Ich kann managen und beraten, aber ich bin kein Kreativer,“ versichert der sympathische Rheinländer. Die lebensfrohe, freundliche Art des Markenberaters erklärt sich durch seine Herkunft. Als spannenden Nebeneffekt seiner Arbeit empfindet Busch das Kennenlernen anderer Mentalitäten und Gewohnheiten: „Da-

bei ist meine rheinländische Art schon eine gute Hilfe.“

Bereits als 18-Jähriger entdeckte Busch seine Fähigkeit, andere nach vorn zu bringen. Er arbeitete neben seinem Studium als Tennislehrer. Wie damals beim Tennis spielt der Markenberater auch heute seinem Ge-



*Der charakterstarke, sympathische Rheinländer arbeitet gern mit Menschen: Kommunikationsexperte Gregor Busch berät seit über 20 Jahren erfolgreich Unternehmen und Persönlichkeiten.*

genüber den perfekten Ball zu: „Wer sich als Marke kennt, der weiß, was er zu tun hat. Und was er lassen kann.“

Eine Marke ist laut Marken-Profi Busch das Herzstück jedes erfolgreichen Unternehmens. Die Größe und die Branche spielen dabei keine Rolle: „Marketing ist wie ein

**Für uns gibt es nichts Wichtigeres als unsere Mitglieder. Deshalb geben wir Ihnen an dieser Stelle die Möglichkeit, sich von uns vorstellen zu lassen.**

Handwerk und jeder einzelne von uns ist eine Marke,“ erzählt Busch souverän. Seiner Überzeugung nach ist eine Marke ein erfülltes Versprechen, sie weckt Begehlichkeiten und steht für eine gewisse Haltung. Die Marke ist der besondere Charakter des Unternehmens. Sie macht das Unternehmen einzigartig und trägt dazu bei, dass sich in der Öffentlichkeit ein stimmiges Gesamtbild ergibt.

Das gilt Busch zufolge auch für gemeinnützige Vereine. Die Busch Markenberatung engagiert sich schon seit Jahren für soziale Projekte: „Wir haben immer auch einen gesellschaftlichen Auftrag. In der Corona-Zeit haben wir unter anderem einen Verein beraten, der Familien mit schwerkranken Kindern hilft. Hier haben wir eine Kampagne entwickelt, um Spenden zu generieren. Solche Projekte zu unterstützen, ist uns ein Herzensanliegen.“

Auch die gemeinnützige Arbeit des Steuerzahlerbunds findet Gregor Busch wichtig und lobt: „Wir zahlen gerne Steuern, in der Sicherheit, dass diese vernünftig für das Gemeinwohl eingesetzt werden. Da macht der Bund der Steuerzahler einen richtig guten Job.“

Viele Kommunikations-Agenturen wurden von der Corona-Krise hart getroffen. Sie generieren weniger Aufträge und müssen Personal abbauen. Doch gerade jetzt ist Busch zufolge eine gute Kommunikationsstrategie gefragt, um mit den Kunden im Gespräch zu bleiben und die richtigen Botschaften zu senden. Mit seinem typisch rheinländischem Optimismus blickt Gregor Busch positiv in die Zukunft: „In den letzten drei, vier Wochen merken wir, wie alles wieder anzieht, weil die Planungssicherheit steigt. Die Pandemie hat die Kommunikation verändert. Ich bin zuversichtlich, dass auch in der neuen Normalität die Kommunikation erarbeitet werden muss, die bei den Menschen ankommt. Und dafür werden wir und unsere Agenturkollegen gebraucht.“

**Angela Sundermann**  
[sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:sundermann@steuerzahler-hamburg.de)





© BilderBox.com

# Mit der IT tut sich Hamburg schwer

## Geldverschwendung durch Unterlassen – Probleme mit Windows 7 waren absehbar

**IT und Hamburg – ein schwieriges Thema. Während in der Hansestadt schon seit vielen Jahren kleine, mittlere und große IT-Unternehmen erfolgreich am Markt bestehen, haben sich Politik, Behörden und Verwaltung zuletzt nicht gerade mit Ruhm bekleckert, wenn es um Bits und Bytes und die Elektronische Datenverarbeitung ging.**

Zur Erinnerung: Mit der Verwaltungssoftware JUS-IT sollten gleich mehrere alte Computerprogramme bzgl. der Auszahlung von Sozialleistungen abgelöst werden. Angeschoben wurde das Projekt 2009 mit einer Laufzeit bis 2015. Als Gesamtkosten waren 112,1 Mio. Euro veranschlagt. Am Ende wurde das Projekt jedoch nicht nur erst mit einer Verzögerung von vier Jahren abgeschlossen. Nein, es wurde auch rund 46 Mio. Euro teurer. Und auch beim Softwareprojekt KoPers, entwickelt für die monatlichen Abrechnungen für Beschäftigte und ehemalige Beschäftigte der Elbmetrople, hat die Stadt keine Punktlandung hingelegt. Das ebenfalls 2009 angeschobene Projekt sollte 2014 abgeschlossen sein und 40 Mio. Euro kosten. Dann jedoch kam die Hiobsbotschaft: Das Projekt sollte sich um sechs Jahre verzögern, mit einer einhergehenden Kostensteigerung in Höhe von über 55 Mio. Euro. Beide Fälle, JUS-IT und KoPers, haben es im Jahr 2017 übrigens auch ins Schwarzbuch geschafft.

In diesem Jahr hat die Stadt nun ein weiteres Kapitel von Pleiten, Pech und Pannen in Sachen IT geschrieben. Schon 2012 hat der amerikanische Tech-Gigant Microsoft

bekannt gegeben, dass der Support und damit auch die Belieferung mit Sicherheitsupdates für sein Betriebssystem Windows 7 zum 14. Januar 2020 eingestellt werden. Immerhin hatten die User so acht Jahre Spielraum, ihre Geräte umzurüsten. Genügend Zeit also – sollte man meinen.

Für Hamburg jedoch waren acht Jahre nicht ausreichend. Wie dem Steuerzahlerbund auf Nachfrage mitgeteilt wurde, liefen zum Stichtag noch 9.123 Computer, 8.082 davon bei der Polizei, mit Windows 7. Immerhin: „Abzüglich der polizeilichen Endgeräte waren am 14. Januar 2020 bereits circa 98 Prozent der Endgeräte auf Windows 10 migriert“, so der Senat. Die Gründe für die Verzögerung? „Dies ist im Wesentlichen durch noch nicht bereitgestellte Hard- oder Software begründet“, so die Antwort. Die hamburgische Verwaltung habe bereits im November 2016 mit den Planungen zur Umstellung auf Windows 10 begonnen. Die Umstellung dauere bei der Polizei Hamburg sowie in wenigen weiteren Fällen noch an.

Und wie sieht der weitere Fahrplan aus? Für die übrigen Endgeräte regelt ein Ausnahmeprozess den befristeten Weiterbetrieb sowie die damit verbundenen Sicherheitsauflagen wie Abschluss des erweiterten Supportvertrags mit Microsoft. „Dadurch ist ein sicherer Weiterbetrieb der restlichen Windows-7-Rechner gewährleistet.“ Im Rahmen dieses Ausnahmeprozesses werde der Weiterbetrieb von Windows-7-Rechnern grundsätzlich auf das Jahr 2020 begrenzt, so der Senat weiter. In Einzelfällen

würden Endgeräte aber sogar erst im Jahr 2021 abgelöst oder migriert. Bis zur endgültigen Umstellung wird der Weiterbetrieb von mit der veralteten Windows-Version bespielten Endrechnern den Steuerzahler jedoch viel Geld gekostet haben. Durch den Abschluss des erweiterten Windows-7-Supportvertrages mit Microsoft sind Kosten in Höhe von 526.000 Euro entstanden, 476.000 Euro davon entfallen auf die Polizei.

Dennis Gladiator, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, ist entsetzt: „Diese Missachtung des Steuerzahlers schlägt einem glatt die Sprache. Anstatt vorausschauend zu planen und sparsam mit dem hart erarbeiteten Steuergeld umzugehen, verschläft der rot-grüne Senat den technischen Fortschritt und am Ende zahlt der Steuerzahler drauf. Das Prinzip des Hanseatischen Kaufmanns, das auch für die öffentliche Hand gelten sollte, wird so außer Kraft gesetzt.“ Auch die Linke verurteilt das Vorgehen der Stadt und plädiert gleichzeitig dafür, zukünftig auf freie Open-Source-Software umzusteigen.

Und auch der Bund der Steuerzahler kritisiert, dass die Stadt sich in Sachen IT wieder mal nicht mit Ruhm bekleckert hat. Hätten die Verantwortlichen rechtzeitig auf die Ankündigung von Microsoft reagiert und die nötigen Schritte frühzeitiger in die Wege geleitet, wäre die städtische Kasse heute nicht um 526.000 Euro leichter.

**Christoph Metzner**  
[metzner@steuerzahler-hamburg.de](mailto:metzner@steuerzahler-hamburg.de)

# Unsere Rubrik: **Drei Fragen an C.R. Madsen**

*Rostocker Oberbürgermeister sieht sich selbst immer in Bewegung*

**Herr Oberbürgermeister, Ihr Stil gilt als unkonventionell, manche fühlen sich zu wenig mitgenommen. Sind Sie angekommen in der Realpolitik?**

Im Wort „angekommen“ steckt auch so ein bisschen „stehen bleiben“, was überhaupt nicht zu mir passt, im Gegenteil: Oberbürgermeister ist ein sehr dynamischer Job – immer in Bewegung. Ich bin am ersten Tag im Rathaus angekommen und seitdem immer „in Fahrt“. Falls „angekommen“ mental gemeint ist: Ich fühle mich wohl mit Rostocks schönstem Job.

**Wegen der Corona-Pandemie muss Rostock mit erheblichen Steuerausfällen rechnen. Sie haben der Bürgerschaft eine Liste von anstehenden Maßnahmen vorgelegt, auf der nun Prioritäten gesetzt werden sollen. Was geht, was geht nicht?**

Auch ohne Corona wäre diese Debatte notwendig geworden, denn Rostock hat viel vor. Bei den Prioritäten geht es nicht nur ums Geld, sondern auch darum, wie viel von den Vorhaben wirklich realistisch umgesetzt werden kann. Wenn wir bisher 60 Mio. Euro pro Jahr verbauen konnten, dann ist ein Realismus-Check

nötig. Nur der gute Wille allein baut keine Häuser. Daher ist auch ein politisches Ranking der Projekte so wichtig.

**In der Zeit des Lockdowns haben Sie die Stadtverwaltung zum überwiegenden Teil ins Homeoffice geschickt und dafür sogar Laptops aus Schulen geholt. Ist Rostock bei einer möglichen zweiten Welle oder anderen ähnlichen Situation besser vorbereitet?**

Ich habe allen Ämtern der Stadtverwaltung eine „Titanic-Wette“ angeboten, ob sie es bis zum 1. Oktober schaffen, sich fit zu machen für ähnliche Herausforderungen. Sie sollen selbst festlegen, ob sie Gummistiefel brauchen oder Boote... je nachdem wie hoch das Wasser steigt. Wir werden besser vorbereitet sein und wir werden aus CORONA auch lernen und dauerhaft diese schwere Zeit nutzen, um echte Innovationen in unsere Verwaltung zu bringen. Durch Corona ist die Tür zu innovativen Konzepten einen Spalt aufgegangen. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, um unsere Visionen vom Morgen durch diesen Spalt durchzudrücken. Die Bereitschaft zu Veränderungen ist im Moment größer denn je. Digitalisierung muss jetzt gelingen, keine Ausreden!



Rostocks Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen setzt auf Veränderung der größten Stadt in Mecklenburg-Vorpommern.  
© Kristina Becker

## **Wir laden ein zur 30. Mitgliederversammlung des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. am 6. Oktober 2020 um 18 Uhr – online**

Die Mitgliederversammlung findet in diesem Jahr online statt. Wir bitten aus organisatorischen Gründen um Anmeldung bis zum 5. Oktober 2020 unter 0385 / 20 22 19 60 oder über [info@steuerzahler-mv.de](mailto:info@steuerzahler-mv.de)

### **Tagesordnung**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl eines Versammlungsleiters
3. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2019
4. Bericht des Verwaltungsrates
5. Aussprache zu den Berichten
6. Vorlage des Prüfberichtes über den Jahresabschluss 2019 mit Bericht des Abschlussprüfers und anschließender Aussprache
7. Beschluss über
  - a) die Entlastung des Vorstandes
  - b) die Entlastung des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2019
8. Neuwahl des Verwaltungsrates
9. Wahl des Abschlussprüfers
10. Diskussion

### **Informationen zur Durchführung:**

In diesem Jahr hat sich der Vorstand dazu entschlossen, die Mitgliederversammlung coronabedingt virtuell im Rahmen einer Videokonferenz durchzuführen. Der Gesetzgeber hat diese Durchführungsform für Mitgliederversammlungen von Vereinen durch das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz-, und Strafverfahrensrecht“ seit dem 28. März 2020 ermöglicht. Bei Anmeldung zur Mitgliederversammlung erhalten Sie den Zugangslink, das Passwort, eine kurze Anleitung und die Unterlagen.

Sie möchten an der Mitgliederversammlung teilnehmen, verfügen aber über keine Zugangsmöglichkeit zur Videokonferenz? Melden Sie sich gerne bei uns. Wir finden eine Lösung für Ihre Teilnahme!

Sie haben auch die Möglichkeit, Ihre Stimmen vor der Durchführung der Mitgliederversammlung schriftlich abzugeben.

# Corona Krise: Land braucht Kassensturz

## Bund der Steuerzahler M-V schreibt Offenen Brief an die Verantwortlichen im Landtag

*Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat sich an die Fraktionsvorsitzenden des Landtages sowie den Finanzausschuss gewandt. Unser Landesvorsitzender Knud Bernitz: „Die Abgeordneten des Landtages stehen in der Verantwortung maß- und sinnvoll mit den Steuermitteln umzugehen. Die aktuelle Krise darf nicht dazu führen, dass unnötig neue Schulden gemacht werden.“*

Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern schlägt deshalb ein 6-Punkte-Programm vor, das die Sparsamkeit fördern soll und sowohl den laufenden Haushalt als auch die mittelfristige Finanzplanung hinterfragt.“

Der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende, sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete im Finanzausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern!

Die durch die Corona-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schäden haben unser Land hart getroffen. Dass sich Landtag und Landesregierung zur Eindämmung dieser Krise entschlossen haben, neue Schulden aufzunehmen, war eine gebotene Entscheidung. Doch die Pandemie ist noch nicht vorbei. Das ganze Ausmaß der Krise werden wir erst in den kommenden Monaten beziffern können. Klar ist schon heute: Am Ende zahlen die Steuerzahler die Zeche! Die heutigen Kreditaufnahmen werden die folgenden Generationen belasten und deshalb

tragen Sie, sehr geehrte Fraktionsvorsitzende und sehr geehrte Mitglieder des Finanzausschusses, eine große Verantwortung.

**Wir fordern Sie daher auf:**

**1. Kassensturz!**  
Stellen Sie den laufenden Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung auf den Prüfstand.

und nicht in Projekte mit ungewissem Ausgang investiert werden.

**3. Berichtspflicht!**  
Die Landesregierung muss den Landtag jährlich in einem gesonderten Bericht über die Umsetzung des Tilgungsplans zur Neuverschuldung informieren.

**4. Letztes Mittel!**  
Direkte Staatshilfen und Bürgschaften dürfen nur als letztes Mittel zur Förderung der Wirtschaft eingesetzt werden. Zuvor sind Eigenkapital, Ausschüttungen an Aktionäre und Kreditaufnahmen sowie die Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells zu prüfen.

**5. Pflichtaufgaben erfüllen!**  
Staatliche Pflichtausgaben, wie etwa die Vorhaltung der Strukturen für die Freiwilligen Feuerwehren oder Bildung müssen im Haushalt abgebildet und verstetigt werden. Sie dürfen nicht über Sondervermögen, wie etwa den Strategiefonds, finanziert werden.

**6. Kommunalfinanzreform!**  
Das Land muss sich auf Bundesebene für eine Abschaffung der Gewerbesteuer und damit einhergehend für eine grundlegende Stärkung der Kommunalfinanzierung einsetzen.

Sie stehen in der Verantwortung, die Steuern der Bürgerinnen und Bürger sinn- und maßvoll einzusetzen. Wir zählen auf Sie!



**2. Neuplanung!**  
Sparsamkeit ist jetzt das Gebot der Stunde. Alle Ausgaben und Maßnahmen müssen kritisch überprüft und ggf. angepasst werden. Ob „Ikareum“ (Anklam), „Kulturmühle“ (Parchim), „Darßbahn“ oder „Karniner Brücke“ (Usedom): Steuermittel müssen sorgfältig und sparsam eingesetzt

## Kurios: Polizisten raven

### Video ärgert aber den Innenminister

Wie alle anderen Großveranstaltungen konnte auch die AirbeatOne in Neustadt Glewe – eines der größten Dance-Festivals in Deutschland – in diesem Jahr nicht stattfinden. Anscheinend vermisste auch die Polizei diesen jährlichen Großeinsatz so sehr, dass die örtliche Polizeiinspektion mit Einsatz von Personal und Sachmitteln unter dem Hashtag #festivalgehtnurgemeinsam im Juli ein Video drehte und postete, das sofort viral ging. Ein Team von Poli-

zistinnen und Polizisten fährt mit Einsatzwagen zum leeren Festivalort, schwelgt in vermeintlichen Erinnerungen und tanzt zum Schluss vor den Polizeiautos. Circa 2.000 Euro dürfte die Produktion gekostet haben, die die Polizei aus Eigenmitteln vorgenommen hat. Über 25.000 Aufrufe auf Twitter, zahlreiche Likes auf Facebook. Doch es gab auch Kritik. Die kam zuletzt sogar von höchster Stelle. Innenminister Lorenz Caffier hielt ein solches Video für nicht geeignet, Polizeiarbeit transparent zu machen. Dieser Kritik schließt sich der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. an. Auf eine Anfrage bei der zuständigen Polizeiinspektion gab sich der verantwortliche Pressesprecher einsichtig und folgte der Argumentation des obersten Polizeidienstherren.



# Blick durch den Norden



zahlen, limitierte Strandkorbnutzung, limitierte abendliche Stunden, die Umsätze haben gelitten.

Es ist die Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen für die Gastronomie an Nord- und Ostsee. Mangels Auslandszielen hat es in den vergangenen Monaten viele Bundesbürger in die Badeorte gezogen zwischen polnischer und niederländischer Grenze.

Natürlich war es angesichts der vielen weiter bestehenden Corona-Regeln und dem vorangehenden Lockdown keine normale Sommersaison, nicht auf Sylt und nicht auf Rügen. Schließlich hat es auch in den Jahren zuvor Rekorde gegeben und vermutlich auch bessere Chancen auf gute Geschäfte. Aber richtig ist auch: Sie sind aus allen Teilen der Bundesrepublik gekommen, haben sich – zu meist – mit den neuen Regeln abgefunden und die Sonne genossen – als sie schien.

Es hat Strandsperrungen gegeben und Parkplatzprobleme, zuweilen auch Kämpfe um einen Platz im Strandcafé, aber insgesamt gilt: Der Sommer war, ganz unabhängig vom Wetter, eine richtige Saison. Der herbstliche Kassensturz aber wird vielen Gastronomen dennoch nicht gefallen. Limitierte Betten-

Die Politik steht jetzt vor der schwierigen Frage, ob und wie weit sie eingreift, Probleme zu Lasten der Steuerzahler löst, um die Infrastruktur zu erhalten, die – hoffentlich – im kommenden Jahr wieder nachgefragt wird.

Womit wir bei der eigentlich alles entscheidenden Frage angekommen wären: Wann gibt es einen brauchbaren Impfstoff und wie sehr leidet bis zu diesem Zeitpunkt die Bereitschaft, sich an die Pandemieregeln zu halten? Im August zumindest schaute die Republik gerne an süd- und südosteuropäische Küsten und überhörte die Warnung, dass die Mehrzahl der Neuinfektionen auf privaten Feiern im eigenen Land erfolgt war.

Klar: Wer allabendlich mit Zahlen und Tabellen gefüttert wird, verliert irgendwann den Appetit. Aber es geht dieses Mal nicht um mehr oder weniger gute Rezepte sondern um die Frage, ob die Bundesrepublik in diesem Herbst anknüpfen kann an die erfolgreiche Pandemiebekämpfung aus dem Frühjahr.

## BdSt intern:

### Schwarzbuch in Arbeit

Im Jahr 2020 läuft durch die Pandemie-Krise vieles anders als gewohnt. Aber es gibt Konstanten, die sich auch von Corona nicht ausbremsen lassen. So bereitet der BdSt auch in diesem Jahr wieder sein Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung vor“, das dann im 48. Jahr in Folge erscheinen wird. Nachzeitigem Stand ist die Veröffentlichung für den 27. Oktober vorgesehen. Aktuell werden die bislang aufgelaufenen Fälle gesichtet, wichtige Recherche-Ergebnisse noch einmal aktualisiert und die Texte geschrieben. Dann folgt die Auswahl im Redaktionsgremium, welche der Fälle es tatsächlich in die gedruckte Ausgabe schaffen. Die übrigen Rechercheergebnisse veröffentlichen wir seit Jahren im Internet. Auch in den Geschäftsstellen der norddeutschen Landesverbände werden die ausgewählten Fälle derzeit aufgearbeitet. Ohne etwas vorwegnehmen zu wollen, können wir schon heute ankündigen, dass auch der Norden (leider) wieder im Schwarzbuch 2020/2021 prominent vertreten sein wird.

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, [www.nord-kurier.de](http://www.nord-kurier.de), E-Mail: [info@nord-kurier.de](mailto:info@nord-kurier.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Christoph Metzner, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich  
**Auflage:** 21.000, 49. Jahrg., 9/2020

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de), 04334/18 91 18

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

## Erben und Vererben



In den kommenden Jahren wird in Deutschland mehr vererbt werden als jemals zuvor. Die Menschen bei uns haben gegenwertig mehr als 10 Bio. Euro an Geld- und Sachvermögen. Nach Einschätzung von Experten werden hiervon in wenigen Jahren über 1 Bio. Euro den Eigentümer wechseln. Obwohl somit das Thema „Erben und Vererben“ sehr aktuell ist, gehen viele Menschen immer noch recht sorglos mit ihrer Nachfolge- und Nachlassregelung um. Dabei gibt es hier die dringende Notwendigkeit, rechtzeitig zu planen. Für viele Betroffenen stellt sich die Frage, wie die



vorhandenen Vermögen übertragen werden können, ohne den Fiskus übermäßig daran zu beteiligen.

Einen ersten Überblick gibt unsere überarbeitete und neugestaltete Broschüre „Erben und Vererben“, die wir inzwischen in der 10. Auflage herausgeben. Auf über 100 Seiten wollen wir einen Anstoß für die eigene Nachlassplanung geben und dazu wichtige Anregungen und Informationen liefern. Mit diesem Grundwissen sollte dann eine individuelle Beratung durch einen Steuerberater, Rechtsanwalt oder Notar erfolgen.

Die Broschüre kann angefordert werden zum Preis von 3,50 Euro (inklusive Versandkosten) beim

**NORD-KURIER, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel**  
**Tel. 04 31 / 99 01 65-0, Fax 04 31 / 99 01 65-11**  
**[Schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:Schleswig-holstein@steuerzahler.de)**  
Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.